

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT2000

Keine ernste Bedrohung

Terrorismus sowie politischer und religiöser Extremismus sind keine besondere Bedrohung der Sicherheit in Österreich. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2000 hervor. Sorgen bereitet den Staatsschutzbehörden die organisierte Kriminalität.

Die stabilen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in Österreich ließen in den vergangenen Jahren extremistische Bedrohung für die staatliche Sicherheit nicht entstehen", heißt es im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2000. Einen "innerstaatlichen Terrorismus" gibt es nicht; die Aktionen von Rechts- und Linksextremisten sowie von Globalisierungsgegnern und militanten Tierschützern haben bisher kein Ausmaß erreicht, das Anlass zu einer ernsten Besorgnis gibt. Auf dem Gebiet des Ausländerextremismus ist die Sicherheitslage in Österreich im Jahr 2000 vor allem beeinflusst worden durch das Türken/ Kurden-Problem, den expandierenden islamischen Extremismus und die Situation auf dem Balkan.

Eine "echte Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Stabilität der gesamten Staatengemeinschaft" ist aber die organisierte Kriminalität (OK) mit allen ihren Erscheinungsformen. Profitabelster und zugleich schädlichster Zweig der vom Staatsschutz erfassten OK-Formen ist die Schlepperei.

"Österreich gehört zu den sichersten Ländern der Welt", schreibt Innenminister Dr. Ernst Strasser im Vorwort des Berichts. Die Prognosen lassen keine Gefährdungen erwarten, dennoch unternahme das Innenministerium "weiterhin alles Notwendige, um die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung unseres Landes zu gewährleisten."

Rechtsextremismus

Im Jahr 2000 wurden in Österreich 450 Anzeigen wegen rechtsextremistischer Straftaten erstattet; um 37 Prozent weniger als im Jahr davor. In 139 Fällen blieben die Täter unbekannt; 35 Verfahren endeten mit einer Verurteilung, 43 Verfahren wurden eingestellt. Bei 57 Verdächtigen gab es Hausdurchsuchungen; 15 Verdächtige wurden festgenommen. Eine Verschärfung auf dem Gebiet des Rechtsextremismus, wie sie in Deutschland eingetreten ist, konnte in Österreich verhindert werden. Rechtsextremistischen Organisationen aus Deutschland ist es nicht gelungen, in Österreich vermehrt Fuß zu fassen.

Viele Jugendliche, die sich Gruppen mit rechtsextremistischer Tendenz wie den Skinheads anschließen, haben nur ein geringes Ideologiebewusstsein. Viele stammen aus sozialen Randgruppen, sind lediglich Mitläufer; der Einstieg in die Szene erfolgt selten aus rein politischen Gründen. Rechtsgerichtete Jugendgruppen orientieren sich stark an der Szene in Deutschland. Die Skinhead-Szene in Vorarlberg ist aktiver und aggressiver geworden.

Die Sicherheitsbehörden erwarten eine Steigerung der Aggression und Agitation bei der rechtsextremistischen Jugendszene. Das Internet mit der Möglichkeit der schnellen, einfachen und verschlüsselbaren Kommunikation wird von den Rechtsextremisten – wie von

den meisten anderen extremistischen Gruppen – zunehmend genützt. Die Zahl der Seiten im weltweiten Datennetz mit fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und neonazistischen Inhalten hat sich stark erhöht; die Inhalte sind aggressiver geworden. Bei der Meldestelle des Innenministeriums für nationalsozialistische Wiederbetätigung sind im Jahr 2000 152 Meldungen eingegangen; 86 wurden den Sicherheitsbehörden weitergeleitet.

Linksextremismus

Im linksextremistischen Bereich dominieren nach einer kurzen "Renaissance der Radikalen" wieder die gemäßigten Aktivisten. Viele Aktivisten der gewaltbereiten Szene sind in das gemäßigte Lager gewandert. Die Zahl der linksextremistische motivierten Straftaten hat sich im Jahr 2000 gegenüber den Vorjahren stark erhöht. Der Hauptgrund für die Zunahme der Delikte waren die Demonstrationen nach der Bildung der ÖVP/FPÖ-Regierung im Februar 2000. Das anarchistisch/autonome Lager hat den Widerstand gegen die neue Regierung zu einem Schwerpunkt gemacht. Die Organisatoren der Donnerstag-Demonstrationen ("Wandertage") gegen die Regierung lehnen Gewalt ab, dennoch kam es vereinzelt zu Auseinandersetzungen, verursacht durch gewaltbereite Demonstranten. Die meisten Anti-Regierungs-Demonstrationen gab es in Wien; dabei wurden 88 Polizisten verletzt und eine Reihe von Streifenwagen und andere Kraftfahrzeuge der Polizei beschädigt. Dazu kamen Hunderte Sachbeschädigungen. Bei einer Großdemonstration am 19. Februar 2000 kam es in Wien zu Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen des gewaltbereiten "schwarzen Blocks" und der Polizei. Es gab eine Reihe von Verletzten. Die Personalkosten für die Polizeieinsätze bei den Anti-Regierungs-Demonstrationen betragen etwa 55 Millionen Schilling.

Insgesamt wurden im Vorjahr 1.030 Anzeigen wegen Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund erstattet; ein Vielfaches der Anzeigen der Vorjahre. Dennoch halten die Sicherheitsbehörden den Linksextremismus für keine akute Gefahr für die staatliche Sicherheit.

Der Widerstand gegen die Globalisierung hat sich verstärkt. Es hat sich eine radikale Szene gebildet. An der gewalttätigen Demonstration während der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September 2000 beteiligten sich auch Linksextremisten und Globalisierungsgegner aus Österreich.

Internationaler Terrorismus und ausländischer Extremismus

Usama Bin Laden galt schon vor den Anschlägen in New York und Washington als "der gefährlichste Terrorist der Welt". Laut Verfassungsschutzbericht gibt es "kaum eine Aktion von Terroristen mit extremer islamistischer Ideologie, die nicht mit seiner Person in Zusammenhang gebracht wird." Bin Ladens Organisation "Al-Qaida" ("Basis") hat sich zu einem Sammelbecken islamischer Kämpfer ("Mudjaheddin") entwickelt. Ziel des Terrors der Al-Qaida sind vor allem die USA und mit ihnen kooperierende Staaten. Die Organisation unterstützt auch bewaffnete moslemische Gruppen im Kampf gegen prowestliche Regime im arabischen Raum.

Der Islam ist weiterhin die am stärksten wachsende anerkannte Religionsgemeinschaft in Österreich. Hier leben etwa 300.000 bis 350.000 Menschen mit moslemischem Glauben, 120.000 davon in Wien. Die meisten stammen aus der Türkei und Bosnien, gefolgt von Zuwanderern aus dem Kosovo und dem arabischen Raum. Die meisten in Österreich lebenden Moslems sind gemäßigte Moslems und respektieren die Gesetze. Verglichen mit

anderen europäischen Staaten gibt es in Österreich wenige islamische Extremisten. Diese haben gute internationale Verbindungen und versuchen, mit Flugblättern, Videos und durch Predigten fundamentalistisches Gedankengut zu verbreiten. Es gab aber im Jahr 2000 wie in den Jahren davor in Österreich keine gewalttätigen Aktionen durch islamische Fundamentalisten.

Die Aktivität der kurdischen Arbeiterpartei PKK und linksextremistischer türkischer Gruppen beschränkte sich im Jahr 2000 in Österreich auf Propaganda, Geldbeschaffung und Solidaritätsaktionen für Gesinnungsgenossen, die in der Türkei in Haft sind.

Spionage

Die Staatsschutzbehörden wenden der Aktivität ausländischer Nachrichtendienste weiterhin "höchstes Augenmerk" zu. Die Wirtschaftsspionage gewinnt laut Verfassungsschutzbericht weiter Bedeutung. Zahlreiche Mitarbeiter von russischen Nachrichtendiensten arbeiten in Österreich, zum Teil in Tarnorganisationen. Die diplomatischen Vertretungen Russlands in Österreich zählen zu den weltweit größten Legalresidenturen. Die Aufklärungsarbeit russischer Nachrichtendienste umfasste im Jahr 2000 auch die NATO-Diskussion in Österreich und Beobachtung der neuen Regierung. Nachrichtendienste vieler anderer Staaten sind ebenfalls in Österreich aktiv, etwa aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Afrika.

Organisierte Kriminalität

Der Staatspolizeiliche Dienst ist auch zuständig für die Bekämpfung bestimmter Formen der internationalen organisierten Kriminalität (OK). Darunter fallen die OK mit nachrichtendienstlichem Bezug, der illegale Handel mit Waffen, Schieß- und Sprengmitteln sowie Kriegsmaterial, die Nuklearkriminalität und die Schlepperei.

Schlepperei

Das Ausmaß der Schlepperei hat sich weiter erhöht. Die Schlepperorganisationen reagieren schnell auf geänderte Strategien des Grenzdienstes. Schleusungsrouten werden geändert. In Europa wird durch Menschenschmuggel ein Jahresumsatz von geschätzten 70 Milliarden Schilling (fast 5 Milliarden Euro) erzielt. Die hohe Gewinnerwartung hat zu einem harten Konkurrenzkampf zwischen Schlepper-Syndikaten geführt.

Bei der wirksamen Schlepperbekämpfung kommt einer intensiven internationalen Zusammenarbeit eine wesentliche Rolle zu. Im Vorfeld müssen Informationen über Schlepperbanden, Organisationsstrukturen, Korruption und Schleusungsrouten gesammelt werden. Diese Lagebilder sind die Basis für das polizeiliche und politische Handeln.

Verfassungsschutzbericht 2000 im Internet: www.bmi.gv.at/

INNENMINISTERIUM

Staatspolizeilicher Dienst

Der staatspolizeiliche Dienst des Innenressorts umfasst den Staatsschutz sowie den Personen- und Objektschutz. Wesentlichste Aufgabe ist der Schutz des Staates und seiner verfassungsmäßigen Einrichtungen vor Gefahren; außerdem der Schutz bestimmter Vertreter anderer Staaten, internationaler Organisationen und anderer Einrichtungen.

Traditionelle Aufgaben des Staatsschutzes sind die Bekämpfung des Terrorismus und Extremismus sowie bestimmter Formen der organisierten Kriminalität wie illegaler Waffenhandel, Nuklearkriminalität und Schlepperei; die Spionageabwehr sowie der Personen- und Objektschutz.

Bei den Bundespolizeidirektionen und Sicherheitsdirektionen bestehen Abteilungen für den Staats-, Personen- und Objektschutz. Übergeordnet ist die Gruppe II/C (Staatspolizeilicher Dienst) in der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit; der Sektion II des Bundesministeriums für Inneres. Die Gruppe II/C wird geleitet von Dr. Peter Heindl und besteht aus den Abteilungen II/C/6 (Allgemeine staatspolizeiliche Angelegenheiten) und II/C/7 (Angelegenheiten der staatlichen Sicherheit). Zu dieser Gruppe gehört auch die Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT).

Der jährliche Verfassungsschutzbericht (früher: "Staatsschutzbericht") wird seit 1997 vom Innenministerium herausgegeben und soll die Arbeit des Staatsschutzes dokumentieren und transparent machen. Im Bericht wird über Gefahren im Bereich der staatlichen Sicherheit informiert, vor allem Rechts- und Linksextremismus, internationaler Terrorismus und Ausländerextremismus, Nachrichtendienste und Spionageabwehr sowie staatschutzrelevante Bereiche der organisierten Kriminalität.